

Es gilt das gesprochene Wort

Begrüssung

Geschätzte Mitglieder und Gäste an den Bildschirmen zu Hause oder im Büro
Liebe anwesende Kolleginnen und Kollegen des SOHK-Vorstands

Einstieg

Das Solothurner Wirtschaftsjahr 2019 war von einer fortlaufenden Verlangsamung geprägt.

Der Industrie machte bereits 2019 die sinkende Auslandsnachfrage zu schaffen. Die nominalen Wareneinfuhren aus dem Kanton Solothurn gingen im Jahr 2019 um 3,8 Prozent zurück. Der Rückgang ist dabei vor allem auf die schwache Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte zurückzuführen. Gesamtschweizerisch nahmen die Exporte jedoch um 3,9 Prozent zu.

Dank einer im Jahr 2019 intakten Binnenkonjunktur zeigte die Solothurner Wirtschaft im Jahr 2019 dennoch ein solides Wachstum.

Der Wirtschaftsstandort Kanton Solothurn profitiert von einem starken Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote lag im Jahresdurchschnitt 2019 nur bei 1,9 Prozent und damit um 0,4 Prozentpunkte tiefer als im Vorjahr. Damit zeigt unser Kanton im Vergleich zur Arbeitslosenquote der Gesamtschweiz von 2,3 Prozent nach wie vor eine unterdurchschnittliche Quote. Im Dezember 2019 waren im Kanton Solothurn 3199 Personen als arbeitslos gemeldet; 6'059 Personen waren auf Stellensuche.

Solothurner Wirtschaft und Corona

Der zehnjährige globale konjunkturelle Aufschwung wurde mit der Corona-Pandemie jäh beendet. Aktuell befindet sich die Weltwirtschaft und die Schweiz in einer tiefen Rezession.

Das Coronavirus hat auch die Solothurner Wirtschaft in ihren Grundfesten erschüttert. Sowohl der Binnenmarkt als auch die Auslandsnachfrage gingen massiv zurück. Eine breit angelegte Befragung der Mitgliedfirmen der Solothurner Handelskammer und des Kantonal-Solothurnischen Gewerbeverbands, bei welcher über 660 Unternehmen teilnahmen, deutet jedoch darauf hin, dass die Talsohle mittlerweile durchschritten wurde; die Aussichten bleiben aber verhalten.

Die Befragung zeigt deutliche Unterschiede zwischen den Branchen. Schwach sind die Aussichten vor allem für das Gastgewerbe, die Maschinen-, Elektro-, Uhren- und Metallindustrie sowie für das Papier- und Druckgewerbe. Zudem zeigt sich, dass die Absatzaussichten im Inland besser beurteilt werden als jene ins Ausland.

Über alle Branche betrachtet, erwarten die Solothurner Unternehmen gegenüber dem Vorjahr einen Umsatzrückgang von rund 9 Prozent. Einzig der Finanzsektor erwartet für 2020 eine positive Geschäftsentwicklung.

Die Umfrageergebnisse zeigen, dass die Hälfte der Unternehmen eine Normalisierung erst im Jahr 2021 erwartet. 12 Prozent der Befragten befürchten sogar, dass die wirtschaftliche Normalität bis 2022 oder noch länger auf sich warten lässt.

Fast 70 Prozent der befragten Unternehmen geben an, dass Sie keinen Personalabbau erwarten. Ich werte dies als positives Zeichen. Weitere 10 Prozent planen sogar, ihren Personalbestand zu erhöhen. 20 Prozent der Unternehmen gehen davon aus, in 12 Monaten Personal abbauen zu müssen. In der Tendenz dürfte somit der Personalbestand wohl leicht sinken, angesichts der aktuellen Krisensituation dürfte der Rückgang aber – insbesondere dank dem Instrument der Kurzarbeit – verhältnismässig moderat ausfallen.

Politische Themen und Herausforderungen

Als Meilenstein darf die klare Annahme der kantonalen Steuervorlage am 9. Februar 2020 bezeichnet werden. Damit wurde die dringend notwendige Rechts- und Planungssicherheit für unsere Unternehmen geschaffen. Die steuerharmonisierenden und steuermindernden Elemente sind rückwirkend per 1. Januar 2020 in Kraft getreten. Die steuererhöhenden Effekte belasten uns ab dem 1. Januar 2021.

Mit der Steuervorlage werden die Steuern für die Unternehmen im Kanton Solothurn schrittweise auf 15,3 Prozent gesenkt. Insgesamt werden die Solothurner KMU mit 80 Millionen Franken entlastet, was grösstenteils in Form von Aufträgen und Löhnen wiederum allen Wirtschaftsakteuren zugutekommt.

Bereits beschäftigen uns nicht minder wichtige Themen. Noch dieses Jahr müssen wir politisch die Weichen in unserem Land richtig stellen. Es stehen zwei wichtige Themen auf der Agenda, die für unsere Wirtschaft von grosser Bedeutung sind:

Zuerst das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU. Hier müssen wir klären, wie wir die Zusammenarbeit mit unserer wichtigsten Handelspartnerin, der Europäischen Union, regeln wollen. Dazu steht am 27. September die Abstimmung über die Begrenzungsinitiative auf der Agenda. Das Ziel dieser radikalen Initiative ist, das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU aufzulösen. Der Bundesrat soll den Auftrag erhalten, mit der EU innerhalb eines Jahres zu verhandeln, dass das Personenfreizügigkeitsabkommen aufgelöst wird mit der Bedingung, die übrigen sechs Verträge der bilateralen Verträge I trotzdem weiterzuführen. Gelingt das nicht, muss das Personenfreizügigkeitsabkommen zwingend gekündigt werden.

Dieser Auftrag an den Bundesrat ist unrealistisch. Die Personenfreizügigkeit ist für die EU nicht verhandelbar. Sie gehört quasi zur DNA der EU, zusammen mit dem freien Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr. Diese vier Elemente gibt es nur im Paket. Somit ist klar, dass mit einer Annahme dieser Initiative alle sieben Verträge der Bilateralen I wegfallen werden.

Das mit Abstand wichtigste Vertragsnetz für Schweizer Unternehmen sind die bilateralen Verträge. Die Initiative gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit auch von Schweizer KMU. Im Gegensatz zu Grossunternehmen verfügen sie häufig über weniger Handlungsalternativen, sind standortgebunden und damit abhängiger von konjunkturellen Schwankungen.

Der Vorstand der Solothurner Handelskammer empfiehlt die Begrenzungsinitiative einstimmig zur Ablehnung.

Das zweite wichtige Thema ist die Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative am 29. November. Mit der Annahme der Initiative würde die Schweiz eine weltweit beispiellose Haftung für das Verhalten von Dritten im Ausland für alle Schweizer Unternehmen in ihre Verfassung schreiben und die Unternehmen zu weitgehenden Kontrollen ihrer Lieferketten mit riesigem bürokratischem Aufwand zwingen.

Neu müssten Schweizer Unternehmen sogar für die Verletzung von Menschenrechten und Umweltstandards ihrer Lieferanten haften, selbst wenn sie kein Verschulden trifft. Dabei gilt die Beweislastumkehr: Alle Unternehmen müssen die ständige Überprüfung aller Abläufe nachweisen, um sich aus dieser Haftung für Dritte befreien zu können.

Nicht nur Grosskonzerne, wie es der Titel der Initiative kolportiert, sondern vor allem auch die KMU würden bei Annahme in den Sog der Initiative geraten, weil jedes im Ausland tätige Unternehmen die neuen Auflagen und Haftungsrisiken per Vertrag an seine schweizerischen Zulieferer weitergeben wird. Aus heutigen Lieferantenverträgen würden Knebelverträge. Gewerbe und Industrie droht ein juristisches Schwarzer Peter-Spiel, das nichts bringt ausser mehr Bürokratie, mehr Überwachung, mehr Einmischung und grössere Haftungsrisiken – auch und gerade für KMU.

Als Alternative zur Initiative hat das Parlament einen Gegenvorschlag verabschiedet, der automatisch zur Anwendung kommt, wenn die Initiative abgelehnt wird. Der Gegenvorschlag wird durch die Wirtschaft unterstützt, auch wenn dieser die Unternehmen ebenfalls vor grosse Herausforderungen stellen wird. Er nimmt das Anliegen der Initiative auf, ohne über das Ziel hinauszuschiessen, indem er eine Verbindlichkeit für die Unternehmen schafft, ohne diese missbräuchlichen Klagen auszuliefern.

Der Vorstand der Solothurner Handelskammer lehnt die Unternehmensverantwortungsinitiative einstimmig ab. Auch der Bundes-, National- und Ständerat lehnen die extreme Initiative entschieden ab.

Schluss

Die Solothurner Handelskammer setzt sich seit 146 Jahren für freiheitliche und wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen ein - im Interesse der Industrie sowie der Handels- und Dienstleistungsbetriebe im Kanton Solothurn.

Damit wir dies erfolgreich tun können, sind wir auf die Unterstützung durch unsere Mitglieder angewiesen. Vielen Dank, dass Sie uns Ihr Vertrauen schenken und dass wir immer wieder auf Sie zählen können.

Bedanken will ich mich auch bei unseren Politikern und bei unseren Behörden. Ich weiss, dass es nicht immer einfach ist, den Bedürfnissen und Erwartungen der Wirtschaft gerecht zu werden.

Ein besonderer Dank geht an unsere Regierung, die stets unkompliziert und ohne Umwege Gesprächsbereitschaft anbietet. Das entspricht einer sehr speziellen und positiven Kultur, die es im Kanton Solothurn zu erhalten und zu würdigen gilt.

Schliesslich gilt mein Dank auch allen Partnern für die gute Zusammenarbeit, den Vorstandsmitgliedern für ihre Impulse und das aktive Mitwirken im Gremium und natürlich unserer Geschäftsstelle, die für den eigentlichen Betrieb der Handelskammer zuständig ist.

Die Solothurner Wirtschaft zeichnet sich durch einen gesunden Mix aus international wettbewerbsfähigen Exportunternehmen, leistungsstarken Zulieferbetrieben und einem robusten Binnengewerbe aus. Damit sich die weltweit tätigen Firmen in ihren Branchen und Nischen erfolgreich behaupten können, sind sie auf einen möglichst diskriminierungsfreien Zugang auf die globalen Märkte, auf die Verfügbarkeit von hervorragenden Fachkräften und auf möglichst optimale wirtschaftliche Rahmenbedingungen angewiesen.

Wenn Wirtschaft, Politik und Verwaltung am gleichen Strick ziehen, werden wir die kommenden Herausforderungen im Interesse des Kantons Solothurn und seiner Bevölkerung gemeinsam erfolgreich meistern können. Ich zähle auf Sie!

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.